



## WIRTSCHAFT

### Tedeum des Sieges

#### Das mit dem Ruhrstatut

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das „mit Genugtuung“. Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

**Treu und Glauben.** „Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit“, konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. „Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft.“

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde im „good faith“, auf „Treu und Glauben“ gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber.

„Ich kann nicht glauben, daß hinter dem Ruhrstatut der Geist europäischer Zusammenarbeit zugunsten Europas steht.“ Ludwig Erhard glaubt eher an kleinliche Ueberlegungen konkurrenzmäßiger Art.

Die Pariser Wirtschaftszeitung „L'Echo de la Finance“ bekräftigt das auf gut französisch: „Wir sind vor allem durch das

industrielle Potential unserer ehemaligen Feinde beunruhigt. Wenn die deutsche Stahlindustrie uns morgen von den europäischen Märkten verdrängt, bleibt uns keine Möglichkeit, die Devisen zu erwerben, die wir bitter nötig haben. Die Kraftprobe zwischen uns und unseren früheren Gegnern ist jetzt nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Art.“

**Unglauben.** Der „Combat“ in Paris empfiehlt, das Ruhrstatut mit Vorsicht und sogar „mit Unglauben“ aufzunehmen. In seinem Leitartikel erteilt die unabhängige Tageszeitung den Kontrollbestimmungen die Prädikate „zusammenhanglos und dehnbar“.

Tatsächlich liegen die Begrenzungen der Eingriffe in das westdeutsche Wirtschaftsleben nur schwer feststellbar zwischen den Buchstaben des Abkommens und dem guten oder bösen Willen seiner Unterzeichner. Durch den Artikel 14 wird die neue Ruhrbehörde zu einer Super-Jeia für den westdeutschen Export.

Ihre Aufgabe ist die Verteilung der gesamten Kohle-, Koks- und Stahlproduktion von 135 großen Gruben und Bergwerken, 12 Hochöfen, 263 Eisenwerken, 296 Gießereien und 57 Walzwerken.

Die Erzeugung von fast 7000 mittleren und großen Unternehmen im westdeutschen Industriegebiet soll so verteilt werden, daß „Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den deutschen Rohstoffen“ erhalten. Deutschlands „wesentliche Bedürfnisse“ werden dabei berücksichtigt.

Das Ruhrgebiet stellt die Grundstoffe für 80 Prozent des deutschen Exportes. Die Ruhrbehörde hat das Recht, die „Mindestmengen“ für den Export und den deutschen Bedarf von Kohle, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl festzusetzen. Es wird künftig Sache der internationalen Kontroll-Behörde sein, wieviel Kohle die deutschen Porzellanfabriken in Bayern erhalten, oder wieviel Bunkerkohle in die Bäuche deutscher Fischdampfer kommt.

Die Behörde kann dabei selbst die Qualitäten oder Typen der auszuführenden Produkte bestimmen. Wenn sie die Qualität der Edelmetalle vorschreibt, kann beispielsweise mit einem Schlage der gesamte deutsche Zahnbohrer-Export (ein guter Devisenbringer im Kanada-Geschäft) ausgeschaltet werden.

Die allgemeine Hoffnung im Ruhrgebiet auf eine Erhöhung der jährlichen Stahlproduktion (auf etwa 12 bis 14 Millionen Tonnen) wurde enttäuscht. Es bleibt bei 10,7 Millionen. Schon jetzt beträgt die Monatsproduktion rund 600 000 Tonnen.

**In alle Ewigkeit.** Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls, der hier und da mahnd aus der dialektischen Dunkelheit der 6000 Worte spricht, könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden.

Schon das letzte Jahr brachte in der deutschen Kohleausfuhr einen zweifelhaften Exporterfolg. Die Ausfuhr von Steinkohlen erhöhte sich 1948 gegenüber 1947 um etwa 75 Prozent. Die Kohleproduktion selbst stieg kaum um 20 Prozent.

Die Jeia-Anordnung Nr. 1 verbietet den Export von deutschem Roheisen. Artikel 14 der Ruhrstatuten kann die Roheisenausfuhr trotzdem möglich machen. Die letzten Jeia-Bestimmungen vom Dezember 1948 ließen die deutschen Ausfuhrzölle etwas lockerer. Das Ruhrstatut droht die alten Scheuklappen in Disposition und Preisgestaltung wieder hervorzuholen. Aus den Paragraphen knistert es schon wieder nach den 32 kaum zerknüllten Ausfuhrformularen.

Hundert Kilo gewalzter Edelstahl für Metallsägen kosten auf dem Weltmarkt 45 bis 50 Dollar. Selbst bei verbesserten Herstellungsmethoden könnte der deutsche



Da acht Stimmen im Normalfall für einen Beschluß notwendig sind, könnten die Angelsachsen zusammen mit ihrem Platzhalter für das unmündige Deutschland ihre Ansichten immer durchdrücken.

Wie das Pariser Marshallplan-Büro steht auch die neue Ruhrbehörde vor der Aufgabe, das wirtschaftspolitische Sonderinteresse einzelner Staaten zugunsten des gemeinsamen Aufbaues Westeuropas zurückzustellen.

**Eine kleine Garantie.** Jede größere Benachteiligung Deutschlands würde die amerikanischen und englischen Steuerzahler sehr bald fühlen lassen, daß Deutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn ihm die industriellen Möglichkeiten verbaut werden. Das ist eine kleine Garantie dafür, daß im Rate der Ruhrbehörde Deutschland bei der Verteilung seiner eigenen Produktion nicht zu kurz kommt.

Wie überhaupt das Abkommen nur in seiner Praxis endgültig als verwerflich oder annehmbar bezeichnet werden kann.

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und „besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen“.

Die Ruhrstatuten fordern eine Zusammenarbeit zwischen den Ruhrkontrolleuren und den Pariser ERP-Marshallplanern. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold dachte den Marshallplan-Gedanken im Ruhrstatut zu Ende.

An Stelle der einseitigen Kontrolle des Ruhrreviers fordert er einen völkerrecht-

lichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage. Dazu sollten Deutschland die Ruhr, Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie, Frankreich das lothringische Erzvorkommen und die Saar einbringen.

„Das kommt vielleicht später noch“, tröstet der Londoner „Observer“ und fordert Deutschland auf, erst wieder einmal „etwas Vertrauen“ zu schaffen. Auch der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ plädiert für eine Kontrolle aller westeuropäischen Industriezentren (s. Spiegel Nr. 48/1948). Die Londoner „Times“ weist darauf hin, daß in dem Ruhrstatut Hinweise auf die Möglichkeit einer Revision gegeben sind. Deutsche Kritik sei jetzt aber „nur mit Gedächtnisschwund“ zu entschuldigen.

Frankreichs Presse singt — mit Ausnahme der Kommunisten — ein „Tedeum des Sieges“, wie die Pariser „Le Monde“ schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das Ruhrreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als „Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt“ gewerteten Diskussionen heiß war.

**Nicht über den Weg.** Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt. Die Sowjets argwöhnen, daß der Rohstoffnachschub für den Wiederaufbau der westeuropäischen Rüstungsindustrie künftig auch aus Westdeutschland kommen könnte. Sie trauen auch dem Sicherheitsamt nicht über den Weg.

Die militärische Sicherheitsbehörde ist bereits konstituiert. Als Vertreter der drei westlichen Militärgouverneure wurden der amerikanische Generalmajor James P. Hodges (bisher Direktor bei der amerikanischen Militärregierung), der englische Generalmajor V. J. Westropp (bisher stellvertretender Stabschef der britischen Militärregierung) und der französische General Paskiewicz (bisher Leiter der Entwaffnungsabteilung der französischen Militärregierung) ernannt.

Das Amt soll 150 Mann Personal beschäftigen. Vorgesehen sind eine militärische, eine industrielle und eine wissenschaftliche Abteilung. Sitz der Sicherheitsbehörde soll Stuttgart oder Baden-Baden, das Ruhrbehördenquartier wahrscheinlich Düsseldorf sein.

Der westdeutsche Kommunistenchef Max Reimann will die in Bonn streitenden Verfassungshähe zu einer Erklärung über das Ruhrstatut bewegen. Auch der Rat der elf westdeutschen Ministerpräsidenten will sich äußern. Das Kabinett Nordrhein-Westfalen ernannte einen ständigen Ausschuß von Sachverständigen, der die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Ruhrstatutes beobachten soll. Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

„Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei“ schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwahe eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatutes gelesen zu haben.



**Vier Fragen hinter der Tür**

1. Erblich belastet? (Chicago Daily News)
2. Onkel, ob der wohl beißt? (Ch. Sun-Times)
3. Kann man da nicht mitessen? (Minn. Star)
4. Wohin mit dem Segen? (Dover Post)